

Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte

Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris

(Institut historique allemand)

Band 46 (2019)

Ulrich Lappenküper

**Bismarck und Frankreich. Das gescheiterte Projekt zur
Bildung einer »ganz unwiderstehlichen Macht«**

DOI: 10.11588/fr.2019.0.83884

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

ULRICH LAPPENKÜPER

BISMARCK UND FRANKREICH

Das gescheiterte Projekt zur Bildung einer »ganz unwiderstehlichen Macht«

Ende April 1859 erreichte den französischen Außenminister Alexandre Graf von Colonna-Walewski eine eindringliche Botschaft. Sie kam von seinem Gesandten in St. Petersburg, Louis Napoléon Lannes, dem Duc de Montebello, und betraf dessen neuen preußischen Kollegen, Otto von Bismarck. *Gardez, je vous prie, son nom pour l'Empereur et pour vous*, empfahl der Duc dem Comte und fuhr fort: Bismarcks Einstellung könne nicht anders denn als *très française* genannt werden¹. Als der »sehr französische« Bismarck gut dreißig Jahre später allerdings seine Memoiren verfasste, ließ er sich zu der desaströsen Zukunftsprognose hinreißen, dass Deutschland *mit Frankreich [...] nie Frieden haben* werde². Wie erklärt sich diese fundamentale Meinungsverschiebung innerhalb von fast drei Jahrzehnten? War Montebello bei seiner Beurteilung einem Irrtum erlegen? Oder hatte sich das preußisch-französische Verhältnis im Laufe der Zeit tatsächlich so katastrophal verschlechtert, wie Bismarcks Kassandraruf suggeriert?

1. Einführung

Die fundamentale Bedeutung des (preußisch-)deutsch-französischen Verhältnisses für die Geschichte des internationalen Staatensystems im 19. Jahrhundert ist von der historischen Forschung intensiv, aber keineswegs erschöpfend untersucht worden³. Allenfalls in Umrissen ist die Rolle bekannt, die der preußische Ministerpräsident und erste deutsche Reichskanzler, Otto von Bismarck, bei der Ausgestaltung dieser Beziehungen gespielt hat. Lediglich zwei ebenso grundlegende wie etwas betagte Studien über Bismarcks »special relationship« von 1848 bis 1890⁴ beziehungsweise dessen Frankreichpolitik seit der Übernahme der Ministerpräsidentschaft 1862 liegen bisher vor⁵. Wiederholt im Fokus der Forschung stand hingegen das wohl zentrale Ereignis in Bismarcks Beziehungsgeschichte zu Frankreich, der deutsch-franzö-

- 1 Centre des Archives diplomatiques du ministère des Affaires étrangères (CAD), CP Russie, Bd. 218, Montebello an Walewski, 20.4.1859.
- 2 OTTO VON BISMARCK, Gesammelte Werke, Abt. IV Gedanken und Erinnerungen, hg. von Michael EPKENHANS, Eberhard KOLB, Paderborn u. a. 2012 (Neue Friedrichsruher Ausgabe [NFA]), S. 134.
- 3 Der Anmerkungsapparat beschränkt sich im Wesentlichen auf den Beleg der Zitate sowie der vom Autor benutzten Literatur.
- 4 Allan MITCHELL, *Bismarck and the French Nation 1848–1890*, New York 1971, S. 4.
- 5 Lauri A. PUNTILA, *Bismarcks Frankreichpolitik*, Göttingen, Frankfurt am Main, Zürich 1971.

sische Krieg von 1870/71, und zwar sowohl in Bezug auf die Ursprünge⁶ und den Verlauf⁷ als auch den mühevollen Weg zum Frieden⁸. Nur wenige Spezialstudien erörtern die Bismarck'sche Frankreichpolitik nach der Reichsgründung: Bert Böhmer, Allan Mitchell und Heinz Alfred Pohl analysierten aus je eigener Sicht seine Einflussnahme auf die französische Staatsform in den Formationsjahren der Dritten Republik⁹. Pearl Boring Mitchell untersuchte Bismarcks »Policy of Reconciliation with France« von 1875 bis 1885¹⁰.

Ohne der Auffassung des amerikanischen Philosophen Ralph Waldo Emerson das Wort reden zu wollen, wonach die Geschichte nichts weiter sei als eine Abfolge großer oder kleiner Biographien¹¹, trägt die vorliegende Studie der Deutungsmacht biographischer Forschungen dezidiert Rechnung. Dass der Faktor der Persönlichkeit gerade im Falle der Jahrhundertgestalt aus der Altmark zum Verständnis der Geschichte beizutragen vermag, kann kaum geleugnet werden. Umso erstaunlicher mutet es an, dass es bisher keine aus den Akten gehobene Gesamtdarstellung über das Verhältnis des preußisch-deutschen Staatsmannes zu Frankreich gibt. Um zur Schließung dieser Lücke beizutragen, untersucht die Abhandlung die »autonome Kraft des Politischen«¹² sowie die »Eigengesetzlichkeit«¹³ zwischen- beziehungsweise überstaatlichen Handelns, bezieht aber auch geopolitische, strategische, wirtschaftliche, kulturelle, konfessionelle sowie mentale Gegebenheiten in die Interpretation ein.

- 6 Eberhard KOLB, Der Kriegsausbruch 1870. Politische Entscheidungsprozesse und Verantwortlichkeiten in der Julikrise 1870, Göttingen 1970; Lawrence D. STEEFEL, Bismarck, the Hohenzollern Candidacy, and the Origins of the Franco-German War of 1870, Cambridge, MA 1962; David WETZEL, Duell der Giganten. Bismarck, Napoleon III. und die Ursachen des Deutsch-Französischen Krieges 1870–1871, Paderborn u. a. 2005 (Wissenschaftliche Reihe der Otto-von-Bismarck-Stiftung, 7).
- 7 Michael HOWARD, The Franco-Prussian War. The German Invasion of France, 1870–1871, London 1962; Geoffrey WAWRO, The Franco-Prussian War. The German Conquest of France in 1870–1871, Cambridge, New York, Melbourne 2003.
- 8 Eberhard KOLB, Der Weg aus dem Krieg. Bismarcks Politik im Krieg und die Friedenssicherung 1870/71, München 1989.
- 9 Bert BÖHMER, Frankreich zwischen Republik und Monarchie in der Bismarckzeit. Bismarcks Antilegitimismus in französischer Sicht (1870–1877), Kallmünz 1966 (Münchener historische Studien, Abteilung Neuere Geschichte, 6); Allan MITCHELL, The German Influence in France after 1870. The Formation of the French Republic, Chapel Hill, NC 1979; Heinz Alfred POHL, Bismarcks »Einflussnahme« auf die Staatsform in Frankreich 1871–1877. Zum Problem des Stellenwerts von Pressepolitik im Rahmen der auswärtigen Beziehungen, Frankfurt am Main 1984.
- 10 Pearl Boring MITCHELL, The Bismarckian Policy of Reconciliation with France, 1875–1885, Philadelphia, PA 1935.
- 11 Ralph Waldo EMERSON, Repräsentanten der Menschheit, Zürich 1987.
- 12 Klaus HILDEBRAND, Von Richelieu bis Kissinger. Die Herausforderungen der Macht und die Antworten der Staatskunst, in: VfZ 43 (1995), S. 195–219, hier S. 215.
- 13 Gerhard Th. MOLLIN, Internationale Beziehungen als Gegenstand der deutschen Neuzeit-Historiographie seit dem 18. Jahrhundert. Eine Traditionskritik in Grundzügen und Beispielen, in: Wilfried LOTH, Jürgen OSTERHAMMEL (Hg.), Internationale Geschichte. Themen – Ergebnisse – Aussichten, München 2000 (Studien zur internationalen Geschichte, 10), S. 3–30, hier S. 14.

Implizit will sie so einen Beitrag liefern

- zur Geschichte der Transformation der internationalen Beziehungen im »langen« 19. Jahrhundert,
- zur Geschichte der deutsch-französischen »Erbfeindschaft« und
- zur Biographie Otto von Bismarcks.

Indem die Studie den Bogen von Bismarcks Kindheit und Jugend über seine Selbstfindungsphase als Junker bis zu den verschiedenen Etappen seiner politischen Laufbahn in Preußen und Deutschland schlägt, gewinnt sie für die Deutung seines Frankreichbildes und seiner Frankreichpolitik in ihren vielfältigen politischen, ökonomischen und kulturellen Aspekten eine bisher nicht mögliche Tiefenschärfe.

2. Der Junker 1815 bis 1847: Ressentiment und Neugier

Die seit dem späten 18. Jahrhundert zwischen dem Heiligen Römischen Reich und Frankreich ausgebrochene kulturelle Feindschaft hatte nach der Errichtung des Empire Napoleons I. im Hause Bismarck eine desaströse Wirkung entfaltet¹⁴. Wenn Otto von Bismarck in einer seiner ersten politischen Reden 1847 beklagte, nicht gegen den *fremden Gewalthaber* und dessen *Knechtschaft* habe kämpfen zu können¹⁵, dürfte dies auch der Tatsache geschuldet sein, dass sein Vater Ferdinand Frankreich mit tiefer Abneigung gegenüberstand. Seit dem späten 18. Jahrhundert hatte sich im Heiligen Römischen Reich eine kulturelle Feindschaft gegen Frankreich entwickelt, die nach der Errichtung des Kaiserreichs Napoleon Bonapartes eine gesellschaftlich-politische Fundierung erhielt und im Hause Bismarck nicht ohne Spuren blieb. Der Gutsherr in Schönhausen hatte nicht nur finanziell die Kriegslasten mitzutragen – Kosten für Einquartierungen, Kriegssteuern etc. –, sondern auch den Verlust seines Bruders Leopold 1813 in der Völkerschlacht bei Leipzig zu beklagen. Seinen eigenen Kampfesmut unter Beweis zu stellen, blieb Ferdinand von Bismarck erspart, obwohl er sich dem sogenannten Landsturm angeschlossen hatte.

14 Zu Bismarcks Verhältnis zu Frankreich von 1815 bis 1847 vgl. Karl HAMMER, Die französische Diplomatie der Restauration und Deutschland 1814–1830, Stuttgart 1963 (Pariser Historische Studien, 2); Reiner MARCOWITZ, Großmacht auf Bewährung. Die Interdependenz französischer Innen- und Außenpolitik und ihre Auswirkungen auf Frankreichs Stellung im europäischen Konzert 1814/15–1851/52, Stuttgart 2001 (Beihfte der Francia, 53); Raymond POIDEVIN, Heinz-Otto SIEBURG (Hg.), Aspects des relations franco-allemandes 1830–1848. Deutsch-französische Beziehungen 1830–1848. Actes du Colloque d’Otzenhausen (3–5 Octobre 1977), Metz 1978; Rüdiger RENZING, Die Handelsbeziehungen zwischen Frankreich und Deutschland von der Gründung des Zollvereins bis zur Reichsgründung, Phil. Diss., Univ. Frankfurt am Main 1959; Dieter ROGHÉ, Die französische Deutschland-Politik während der ersten zehn Jahre der Julimonarchie (1830–1840), Phil. Diss., Univ. Würzburg 1971; Dagmar SOLEYMANI, Les échanges commerciaux entre la France et les États allemands 1834–1869, Bonn 1996 (Pariser Historische Studien, 41).

15 Rede Bismarcks, 17.5.1847, in: [Otto von] BISMARCK, Die gesammelten Werke [GW], 15 Bde., Berlin 1924–1935 (Friedrichsruher Ausgabe), Bd. 10, S. 3–4.

Seit der Einschulung 1822 wurde die kindlich-diffuse Antipathie seines Sohnes Otto gegenüber dem wiederhergestellten bourbonischen Königtum durch den in der Plamannschen Anstalt in Berlin herrschenden Franzosenhass noch verstärkt. Doch so wie das preußisch-französische Beziehungsgeflecht bald darauf von Abstoßung und Attraktion durchzogen wurde¹⁶, gediehen beim Schüler nach dem Wechsel auf das Friedrich-Wilhelm-Gymnasium und später das Gymnasium zum Grauen Kloster republikanische Ideale, die Frankreich in ein neues Licht tauchten. Zwar fühlte sich der Göttinger und später Berliner Student Otto von Bismarck eher zur angelsächsischen Welt hingezogen, etwaige Ressentiments gegenüber Frankreich waren aber nicht so tief verwurzelt, dass sie jeglichen Kontakt verhinderten. Im Gegenteil: Vor dem Hintergrund der politisch-ökonomischen Annäherung zwischen der Hohenzollernmonarchie und dem Julikönigtum in den 1830er-Jahren reiste Bismarck, der inzwischen Rechtsreferendar war, 1837 erstmals über den Rhein und verliebte sich in eine französische *femme de qualité*¹⁷, die er sogar heiraten wollte.

Die Liebe zu der uns unbekanntem Französin sollte rasch wieder erkalten, Bismarcks Affinität zur französischen Kultur blieb indes bestehen. Sogar Frankreichs Schielen auf das linke Rheinufer im Zuge der »Rheinkrise« von 1840¹⁸ tat seiner Neugier keinen Abbruch. 1842 zog es ihn nach Paris, dann nach Lyon. Im Park des Bismarck'schen Stammgutes Schönhausen ergötzte sich der Junker an französischer Lyrik; er garnierte die Briefe an seine Braut Johanna von Puttkamer mit Versen seines Lieblingsdichters Pierre de Béranger und setzte jenen Landsleuten, die ihr Glück jenseits der Vogesen suchten, öffentlich *das stolze Gefühl der Nationalehre* bei den Franzosen entgegen¹⁹. Bismarck hob sich sowohl von der Frankophilie der Liberalen und Demokraten als auch von der Frankophobie der Hochkonservativen und Deutsch-Nationalen ab. Von einer Fundamentalaversion gegen Frankreich im Stile eines Ernst Moritz Arndt konnte bei ihm ebenso wenig die Rede sein wie von der Sehnsucht nach Völkerverbindung à la Ludwig Börne.

3. Abgeordneter und Diplomat 1848 bis 1862: Werben um die Entente

Eine gewisse Zäsur in der Ausformung seines Frankreichbildes markierte das Jahr 1848²⁰. Paris wurde von einer Revolutionswelle erfasst, die in liberalen deutschen Kreisen ein begeistertes Bekenntnis zur bilateralen Völkerfreundschaft entfachte.

16 Reiner MARCOWITZ, *Attraction and Repulsion. Franco-German Relations in the »Long Nineteenth Century«*, in: Carine GERMOND, Henning TÜRK (Hg.), *A History of Franco-German Relations in Europe. From »Hereditary Enemies« to Partners*, New York, Basingstoke 2008, S. 13–26.

17 Otto-von-Bismarck-Stiftung Friedrichsruh (OBS), Bismarck-Archiv, A 12, Bismarck an seinen Bruder Bernhard, 16.1.1837.

18 Vgl. Irmeline VEIT-BRAUSE, *Die deutsch-französische Krise von 1840. Studien zur deutschen Einheitsbewegung*, Phil. Diss., Univ. Köln 1967.

19 Rede Bismarcks in der Kurie der drei Stände, 15.6.1847, in: BISMARCK, GW (wie Anm. 15), Bd. 10, S. 8–12, hier S. 12.

20 Zu Bismarcks Verhältnis zu Frankreich von 1848 bis 1862 vgl. Rudolf BUCHNER, *Die deutsch-französische Tragödie 1848–1864. Politische Beziehungen und psychologisches Verhältnis*, Würzburg 1965; William E. ECHARD, *Napoleon III. and the Concert of Europe*, Baton

Die Sympathie ließ indes jäh nach, als der Präsident der Zweiten Republik, Louis-Napoléon Bonaparte, Ende 1848 den Eindruck erweckte, dem Wunsch der deutschen Liberalen nach einem Nationalstaat Paroli bieten zu wollen. Bismarck reagierte auf die Vorgänge jenseits des Rheins in umgekehrter Reihenfolge. Hatte er im Frühjahr dazu aufgerufen, *die deutsche Fahne auf den Dom von Straßburg zu pflanzen*²¹, plädierte er im Winter für eine preußisch-französische Entente. In dem sich in Preußen nun ausbildenden machtpolitischen Dreieck von Hochkonservativen, der liberal-konservativen »Wochenblattpartei« und den Anhängern des »bürokratisch-autoritären Etatismus« um Ministerpräsident Otto Theodor von Manteuffel²² spielte der Junker aus der Altmark bald eine sehr eigenständige Rolle.

Seit der Ernennung zum Bundestagsgesandten maß Bismarck Frankreich aus machtpolitischen Erwägungen kardinale Bedeutung zu. Indem der Fokus seines Handelns um die Befreiung Preußens aus den Fesseln des Deutschen Bundes kreiste, wurde der Nachbar im Westen für ihn zum entscheidenden Mitspieler. An dieser Sichtweise änderte auch die Tatsache nichts, dass der französische Präsident die Republik 1852 abschaffte und sich zum Kaiser aufschwang. Während Preußens Hochkonservative das nicht auf göttlichem Recht oder Tradition beruhende Herrschaftssystem Napoleons III. vehement ablehnten, interessierte den ehemals erzkonservativen Diplomaten Frankreichs Staatsform allenfalls in ihren Auswirkungen auf die politische Lage Preußens. Da die Hohenzollernmonarchie das Second Empire in ihrem machtpolitischen Wettkampf gegen Habsburg brauchte, plädierte Bismarck 1853 sogar für ein *Bündniß*²³. In Paris gewann er dadurch soviel Popularität, dass ihn das Pariser Institut d'Afrique sogar zu seinem Ehren-Vizepräsidenten ernannte²⁴.

Sein profranzösisches Werben entsprang keiner Frankophilie, sondern rein politischen Erwägungen. Mögen beim Privatmann Bismarck auch bisweilen Anzeichen einer intensiven Neigung zu Frankreich zu erkennen gewesen sein – man denke an seine Heiratspläne 1837 oder seine Liebe zur französischen Literatur –, bildete das Verhältnis zum Nachbarn »d'outre Rhin« für den Realpolitiker lediglich eine abgeleitete Funktion seiner Österreich- beziehungsweise Deutschlandpolitik. Die aus einem Gefühl geborene Formel der Hochkonservativen, *daß ein Preuße stets ein Gegner Frankreichs sein müsse*, war für Bismarck indiskutabel²⁵.

Rouge, LA, London 1983; Herbert GEUSS, Bismarck und Napoleon III. Ein Beitrag zur Geschichte der preußisch-französischen Beziehungen 1851–1871, Köln, Graz 1959; Werner E. MOSSE, The European powers and the German Question 1848–71. With Special Reference to England and Russia, Cambridge 1958; Martin STAUCH, Im Schatten der Heiligen Allianz. Frankreichs Preußenpolitik von 1848 bis 1857, Frankfurt am Main 1996; Louis THOUVENEL, Pages de l'histoire du second empire d'après les papiers de M. Thouvenel (1854–1866), Paris 1903.

- 21 Nicht veröffentlichter Zeitungsartikel Bismarcks, 20.4.1848, in: BISMARCK, GW (wie Anm. 15), Bd. 14/I, S. 105 f., hier S. 106.
- 22 Thomas NIPPERDEY, Deutsche Geschichte 1800–1866. Bürgerwelt und starker Staat, München 1983, S. 683.
- 23 Bismarck an Gerlach, 19./20.12.1853, in: BISMARCK, GW (wie Anm. 15), Bd. 14/I, S. 334–336, hier S. 334.
- 24 OBS, A 210, Hippolyte de Saint-Anthoine an Bismarck, 21.10.1853. Das Institut trat vor allem für die Abschaffung des Sklavenhandels und der Sklaverei ein. Ob Bismarck die Ernennung angenommen hat, ist nicht bekannt.
- 25 Bismarck an Gerlach, 2.5.1857, in: BISMARCK, GW (wie Anm. 15), Bd. 14/I, S. 464–469, hier S. 465.

Nach dem Sieg der preußischen Liberalen bei den Landtagswahlen 1858 schob die neue Berliner Regierung den unbequemen Diplomaten nach St. Petersburg ab. Dass der vermeintliche Bonapartist seiner Regierung wiederholt empfahl, sich von der im deutschen Volk grassierenden *Franzosenangst* nicht anstecken zu lassen²⁶, übergingen seine Vorgesetzten mit Schweigen. Wenn Bismarck trotz unverhohlener Forderungen Napoleons III. nach Veränderungen der französischen Grenzen weiterhin für eine Entente mit dem Second Empire plädierte, so tat er es nach wie vor im Wesentlichen aus deutschlandpolitischen Erwägungen: Je enger das bilaterale Verhältnis zu Frankreich, desto besser die Möglichkeit, den unruhigen Kaiser von unüberlegten Handlungen abzuhalten und die deutschen Klein- und Mittelstaaten davor zu bewahren, sich mit Frankreich zu arrangieren. Letztlich zählte für ihn nur die realpolitische Erwägung, dass Preußen sich einer Allianz mit Frankreich nicht versperren durfte, *weil man nicht Schach spielen kann, wenn einem 16 Felder von 64 von Hause aus verboten sind*²⁷.

Am Ende seines Lebens sollte Bismarck sich in seinen Urteilen über Frankreich immer wieder darauf berufen, dass sie auf persönlichen Erfahrungen und Kontakten beruhten. In der Tat war er in den 1850er-Jahren des Öfteren nach Paris gereist und hatte 1862 sogar den Posten des preußischen Gesandten an der Seine übernommen. Dank mehrfacher Audienzen beim Kaiser, diversen Gesprächen mit der hohen Gesellschaft sowie eines wochenlangen Urlaubs in Aquitanien stellte sich beim preußischen Diplomaten im Sommer ein ebenso tiefgreifender wie kurzzeitiger Meinungsumschwung zugunsten einer echten Frankreichliebe ein. Obwohl ihn die *egoistische Ungeselligkeit der Franzosen*²⁸ ebenso verdross wie die *bäuerliche Ungeschliffenheit der Verkehrsformen*²⁹, wünschte er nach den *Kreuz- und Querzüge[n]* durch den Südwesten Frankreichs *nichts lieber, als in Paris auf Posten zu bleiben*³⁰. Doch es kam anders, denn nach der Rückkehr an die Seine erteilte ihm im September 1862 der Ruf an die Spree.

4. Der Ministerpräsident 1862 bis 1866: zwischen Bündnis und Krieg

Als preußischer Ministerpräsident und Außenminister verfolgte Bismarck zunächst vor allem ein Ziel: die Umgestaltung der Machtverhältnisse im Deutschen Bund auf Kosten Österreichs³¹. Obschon er den Beziehungen zu Frankreich weiterhin kardi-

26 Bismarck an Wentzel, 3.2.1860, in: *ibid.*, S. 544.

27 Bismarck an Gerlach, 2./4.5.1860, in: *ibid.*, S. 548–550, hier S. 549.

28 Bismarck an seine Frau, 20.7.1862, in: *ibid.*, Bd. 14/II, S. 603.

29 Bismarck an seine Frau, 25.7.1862, in: *ibid.*, S. 604f., hier S. 604.

30 Bismarck an Roon, 12.9.1862, in: *ibid.*, S. 619.

31 Zu Bismarcks Verhältnis zu Frankreich von 1862 bis 1866 vgl. Otto BECKER, *Bismarcks Ringen um Deutschlands Gestaltung*, hg. u. ergänzt von Alexander SCHARFF, Heidelberg 1958; Yves BRULEY, *La diplomatie du Sphinx. Napoléon III et sa politique internationale*, Paris 2013; Helmut BURCKHARDT, *Deutschland, England, Frankreich. Die politischen Beziehungen Deutschlands zu den beiden westeuropäischen Großmächten 1864–1866*, München 1970; Stéphanie BURGAUD, *La politique russe de Bismarck et l'unification allemande. Mythe fondateur et réalités politiques*, Paris 2010; GEUSS, *Bismarck und Napoleon III (wie Anm. 20)*; Dominik HAFFER, *Europa in den Augen Bismarcks. Bismarcks Vorstellungen von der Politik der europäischen Mächte und vom europäischen Staatensystem*, Paderborn u. a. 2010 (Wissenschaftliche Reihe der

nale Bedeutung zumaß, da Napoleon III. sich ihm wiederholt als *eifriger Verfechter* kleindeutscher Einheitspläne präsentiert hatte³², wünschte er nun aber kein politisches Bündnis mehr. Um den preußisch-französischen Faden dennoch nicht abreißen zu lassen, bediente er sich im aufbrechenden Zeitalter des Freihandels des modernen Mittels der Ökonomie. Die mit dem Handelsvertrag von 1862 angebahnte schrittweise Entideologisierung des bilateralen Verhältnisses zwischen den Nachbarn führte aber nicht zu einer politischen Neuausrichtung. Preußens Komplizenschaft bei der russischen Niederschlagung des Aufstandes in Polen 1863 und der mit Österreich geführte Krieg gegen Dänemark 1864 brachten Bismarcks Entente-Konzept ein ums andere Mal in große Gefahr. Persönlich fühlte er sich von Frankreich inzwischen so angezogen, dass er sogar einen Grunderwerb im Südwesten des Landes erwog³³. Politisch aber verweigerte er sich im Einvernehmen mit König Wilhelm I. allen französischen Bündnisavancen, weil Napoleon III. als Preis territoriale Kompensationen verlangte.

Dass der Kaiser der Franzosen Preußen wohlwollend gegenüberstand, lag nicht nur an den territorialen Gewinnen, die er im Falle einer nationalen Einigung Deutschlands glaubte einstreichen zu können, sondern auch an der geringen Gefahr, die seines Erachtens vom Hohenzollernreich ausging. Innenpolitisch stand Napoleon III. mit seiner Meinung weitgehend allein. Klerikale, Legitimisten, Orléanisten und Imperialisten, selbst seine politisch höchst einflussreiche Frau Eugénie de Montijo plädierten für eine Allianz mit Österreich. Nach Ausbruch eines durch französische Gazetten angezettelten antipreußischen Federkrieges eilte Bismarck im Herbst 1864 an die Seine und versuchte, die hochschlagenden Wellen durch eine Mischung aus klassischer Geheimdiplomatie und der Mobilisierung der öffentlichen Meinung zu besänftigen. Nach seiner Rückkehr nach Berlin unterstellte ihm die französische Presse, er habe die Zustimmung für preußische Gebietserweiterungen in Deutschland zu erreichen gesucht und dafür Gegenleistungen angeboten. De facto hatte Napoleon aber anders als bei seinem Treffen mit Camillo Benso Graf von Cavour in Plombières 1858 mit Bismarck keinen Krieg ausgeheckt, auch wenn er sich bereit erklärte, *den Cotillon* mit ihm *zu tanzen*³⁴. Als der Dualismus der beiden deutschen Großmächte 1866 zu eskalieren drohte, wechselte Napoleon III. sogar auf die Seite Habsburgs, weil das Hohenzollernreich seine Bedingungen für eine *entente plus intime et plus spéciale* nicht akzeptieren wollte³⁵.

Otto-von-Bismarck-Stiftung, 16); Ulrich LAPPENKÜPER, »Il vous sacrifierait demain le Danemark, s'il y trouverait son compte«. Frankreich, der Deutsch-Dänische Krieg und der Wiener Frieden von 1864, in: Oliver AUGE, Ulrich LAPPENKÜPER, Ulf MORGENSTERN (Hg.), Der Wiener Frieden 1864 in deutscher, europäischer und globaler Perspektive, Paderborn u. a. 2016 (Wissenschaftliche Reihe der Otto-von-Bismarck-Stiftung, 22), S. 239–263; DERS., »Date clé du règne de Napoléon III.«. Frankreich und der preußisch-österreichische Krieg 1866, in: Winfried HEINEMANN, Lothar HÖBELT, Ulrich LAPPENKÜPER (Hg.), Der preußisch-österreichische Krieg 1866, Paderborn u. a. 2018 (Wissenschaftliche Reihe der Otto-von-Bismarck-Stiftung, 26), S. 89–106; Klaus MALETTKE, Die Beurteilung der Außen- und Innenpolitik Bismarcks von 1862–1866 in den großen Pariser Zeitungen, Lübeck, Hamburg 1966.

32 Bismarck an Bernstorff, 28.6.1862, in: BISMARCK, GW (wie Anm. 15), Bd. 3, S. 380f., hier S. 381.

33 Bismarck an die Gattin Johanna von Bismarck, 9.10.1864, in: *ibid.*, Bd. 14/II, S. 682.

34 Bismarck an Thile, 23.10.1865, in: *ibid.*, S. 706–708, hier S. 707.

35 Wilhelm I. an Napoleon III., 3.3.1866, in: *ibid.*, Bd. 5, S. 387.

5. Der Bundeskanzler 1867 bis 1871: auf Konfrontationskurs

Nach der Schlacht bei Königgrätz 1866 wusste der Kaiser, dass er auf das falsche Pferd gesetzt hatte³⁶. *C'est nous qui avons été battus à Sadowa*, wetterte Kriegsminister Jacques Louis Randon³⁷ und drängte auf eine sofortige Mobilmachung; doch dazu mochte sich sein stets zaudernder Monarch nicht durchringen. Statt zu den Waffen zu greifen, leitete Napoleon III. eine Vermittlungsaktion ein und hoffte abermals auf territorialen Gewinn. Am Ende eines großen diplomatischen Ringens gelang es Bismarck im Herbst 1866, einen Friedensvertrag mit Österreich abzuschließen, ohne Frankreich die erwünschten Kompensationen zuzugestehen. Auf der Habenseite verbuchen konnte Napoleon III. neben der Übergabe Venetiens an Italien »nur« die Integrität des Königreichs Sachsen und eine Vertragsbestimmung, die der Bevölkerung der nördlichen Distrikte von Schleswig das Recht gab, über ihre Zukunft dereinst in einem Referendum zu entscheiden. Nach der Unterwerfung des Aufstandes in Polen, dem Ende des Deutsch-Dänischen Krieges und dem Scheitern des von Frankreich installierten Kaiserreichs in Mexiko musste er damit innerhalb von zwei Jahren ein viertes außenpolitisches Desaster hinnehmen. Bismarck hingegen hatte die deutsche Landkarte revolutioniert und drohte auch die europäischen Machtverhältnisse umzustülpen.

Frankreichpolitisch eine geradezu dilemmatische Bedeutung gewannen für den preußischen Ministerpräsidenten der zur selben Zeit beigelegte Verfassungsstreit von 1862 und die Neujustierung der preußischen Parteienlandschaft. Indem sich Bismarck als neuer Kanzler des Norddeutschen Bundes nun mehr und mehr auf die deutschlandpolitische »Gesinnung« der Nationalliberalen und Freikonservativen einließ, engte er die Handlungsspielräume seiner ja eigentlich gesinnungsfreien Realpolitik massiv ein. Deutlich wurde dies erstmals in der Luxemburgkrise des Jahres 1867.

Ende 1866 hatte Frankreich Preußen ein Bündnisprojekt unterbreitet, das als Gegenleistung für eine Union zwischen Nord- und Süddeutschland unter anderem die Einverleibung von Luxemburg vorsah. Zugleich bot das Empire dem Königreich die Mitgliedschaft in der 1865 gegründeten Lateinischen Münzunion an. Doch Preußen trat weder der Währungsunion bei noch stimmte es der Abtretung des Großherzogtums zu. Obwohl der Konflikt die beiden Nachbarn bis an den Rand eines Krieges trieb, versagte sich Bismarck dem von Napoleon gewünschten Deal, weil sich die Nationalbewegung eindeutig gegen die Aufgabe »deutschen Gebiets« stellte. Im Grunde stießen dabei zwei antagonistische Nationalismen aufeinander: Während die

36 Zu Bismarcks Verhältnis zu Frankreich von 1867 bis 1871 vgl. Birgit ASCHMANN, Preußens Ruhm und Deutschlands Ehre. Zum nationalen Ehrdiskurs im Vorfeld der preußisch-französischen Kriege des 19. Jahrhunderts, München 2013 (Beiträge zur Militärgeschichte, 72); Willard Allen FLETCHER, *The Mission of Vincent Benedetti to Berlin 1864–1870*, Den Haag 1965; Klaus HILDEBRAND, *No Intervention. Die Pax Britannica und Preußen 1856/66–1869/70. Eine Untersuchung zur englischen Weltpolitik im 19. Jahrhundert*, München 1997; Alexander MEDYAKOW, *Russland und der Deutsche Krieg 1866*, in: HEINEMANN, HÖBELT, LAPPENKÜPER (Hg.), *Krieg* (wie Anm. 31), S. 129–157.

37 Zitiert nach: Éric ANCEAU, *Napoléon III. Un Saint-Simon à cheval*, Paris 2008, S. 439.

deutsche Nationalbewegung eine Nationalstaatsgründung unter preußischer Führung anstrebte und dabei unverhohlen mit dem Erwerb von Elsass und Lothringen liebäugelte, zielten die französischen Nationalisten darauf, einen deutschen Nationalstaat zu vereiteln, und schielten auf die Rheingrenze.

Da Frankreich sich mit dem Aufstieg des preußischen Parvenüs *partout* nicht abfinden wollte, eilte Bismarck im Sommer 1867 erneut nach Paris und riet dem Empire, es möge doch in Zukunft mit Preußen den *Dualismus von Intelligenz und Fortschritt bilden*³⁸. Offenbar glaubte der Bundeskanzler, den Kaiser so davon überzeugen zu können, dass der »europäische Hühnerhof« Platz für zwei Hähne haben würde. Dank seiner mannigfachen Begegnungen mit den Spitzen des Staates wie mit dem sprichwörtlichen *Jacques Bonhomme*, dem »gemeinen« Franzosen, gewann Bismarck den Eindruck, dass das französische Volk aus zwei höchst unterschiedlichen Teilen bestehe, dem der friedliebenden Provinzler und dem der händelsuchenden Pariser³⁹. Obwohl er nicht ausschließen mochte, dass die *verletzte krankhafte französische Eitelkeit* den *Abenteurer auf dem [Pariser] Throne* zur zweiten Gruppe dränge⁴⁰, wollte er von einem in preußischen Militärkreisen angedachten Präventivschlag nichts wissen. Selbst wenn Preußen siegte, warnte Bismarck ahnungsschwer 1868, *wozu würde es führen? Wenn man auch das Elsaß gewänne, müßte man es behaupten und die Festungen immer besetzt halten; das wäre unmöglich*⁴¹. Freilich durfte Preußen auch nicht den Eindruck erwecken, als habe es mehr Grund zum Frieden als Frankreich. Denn das würde unweigerlich als Zeichen von Schwäche gedeutet.

Auch deshalb stempelte Preußens Ministerpräsident Frankreichs Forderung nach einer Umsetzung der im Prager Frieden festgelegten Volksabstimmung in Nord-schleswig trotz aller Friedens- und Freundschaftsbekundungen zur *Kriegsfrage*⁴²; er verweigerte dem Kaiser den erhofften Beistand beim Erwerb belgischer Eisenbahnen und unterstützte auch nicht dessen Bemühen um Stützung des Kirchenstaates gegenüber den Freischärlern Garibaldi. Zum Knackpunkt des preußisch-französischen Verhältnisses wurden indes nicht diese zweit- oder dritrangigen Probleme der internationalen Beziehungen, sondern das französische Verlangen, den Status quo in der deutschen Frage nicht anzurühren.

Seit der Gründung des Norddeutschen Bundes hatte sich der Kanzler mehr und mehr von einem preußischen zu einem deutschen Staatsmann gewandelt. Das Geschäft der nationalen Politik wurde für ihn freilich im Innern und nach außen immer schwieriger. Während in Bayern und Württemberg der Partikularismus starken Auftrieb gewann, in Baden und Preußen dagegen der Ruf nach nationaler Einheit zunehmend kräftiger erschallte, kam in Frankreich Mitte Mai 1870 mit Agénor Herzog von Gramont ein Außenminister an die Schalthebel der Macht, der einen dezidiert antipreußischen Kurs zu steuern wünschte. Die bald darauf aufgeworfene Frage der

38 Gespräch Bismarcks mit Joseph Vilbort, 7.8.1866, in: BISMARCK, GW (wie Anm. 15), Bd. 7, S. 149f., hier S. 149.

39 Reichstagsrede Bismarcks, 11.1.1887, in: *ibid.*, Bd. 13, S. 207–233, hier S. 215.

40 Unterredung Bismarcks mit Karl Schurz vom 28./29.1.1868, in: *ibid.*, Bd. 7, S. 231–240, hier S. 235.

41 Gespräch Bismarcks mit Alexander Graf Keyserling, 10.10.1868, in: *ibid.*, S. 263–266, hier S. 264.

42 Bismarck an das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, 20.11.1869, in: *ibid.*, Bd. 6b, S. 161–163, hier S. 163.

spanischen Thronkandidatur des Hohenzollern-Prinzen Leopold wirkte wie eine Lunte, die das Pulverfass des preußisch-französischen Duells um Macht und Ehre zur Explosion brachte.

Wenngleich nicht davon geredet werden kann, dass Bismarck den Krieg von langer Hand vorbereitet hatte, besteht doch kein Zweifel, dass er die von der französischen Regierung zugespitzte Frage der Thronkandidatur mit Hilfe der Emser Depesche bewusst eskalieren ließ. Er tat es aus einem doppelten Grund, wie er rückblickend feststellte: weil der Krieg aufgrund der allen diplomatischen Gepflogenheiten der Zeit widersprechenden französischen Forderung, der Thronübernahme in Madrid durch einen Hohenzollern-Prinzen auf ewig zu entsagen, *mit Ehren*⁴³ nicht mehr vermieden werden konnte und weil er zu erkennen glaubte, dass die Gründung eines Deutschen Reiches ohne Sieg über Frankreich nicht möglich sein würde⁴⁴. Der Waffengang gegen das Second Empire wurde für die Preußische Monarchie zum Kitt für die Einigung Deutschlands.

Acht Monate nach dem Sturz Napoleons und fünf Monate nach der Gründung des Deutschen Reiches nahm der neue Reichskanzler Frankreich mit dem Frankfurter Friedensvertrag Elsass und Lothringen, bürdete ihm eine Kriegskontribution von fünf Mrd. Francs auf und verlangte als Pfand bis zur Zahlung der letzten Rate die Besatzung der Ostprovinzen. Das Abkommen war das Produkt nicht von Weitsicht, sondern von Furcht, aus französischer Perspektive ein Schanddiktat, wie es der Versailler Vertrag 1919 für Deutschland sein sollte.

Die Annexion Elsass-Lothringens trug maßgeblich dazu bei, das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich dauerhaft zu vergiften. Die zur sogenannten Erbfeindschaft komprimierte Entfremdung besaß freilich tiefere Wurzeln – die Verwüstungen des Heidelberger Schlosses im Pfälzischen Erbfolgekrieg gehörten ebenso dazu wie die Befreiungskriege gegen Napoleon oder die Rheinkrise. Erst aus dem Amalgam dieser Konflikte mit dem Krieg von 1870/71 entwickelte sich die Prädisposition für die von Michael Jeismann treffend so genannte »Nationalisierung der Feindschaft«⁴⁵. Pars pro toto für diese in den Zivilgesellschaften beiderseits des Rheins Einzugs haltende Gefühlslage mag an ein Wort des Schriftstellers Ernest Renan erinnert werden, der nach dem Frankfurter Friedensschluss offen zugab, lange Zeit der *chimère* einer *alliance intellectuelle, morale et politique* zwischen den beiden Nachbarn angehangen zu haben: *Un abîme est creusé entre la France et l'Allemagne, des siècles ne le combleront pas*⁴⁶.

43 Bismarck an Sybel, 12.10.1894, in: Josef BECKER (Hg.), Bismarcks spanische »Diversion« 1870 und der preußisch-deutsche Reichsgründungskrieg. Quellen zur Vor- und Nachgeschichte der Hohenzollern-Kandidatur für den Thron in Madrid 1866–1932, 3 Bde., Paderborn u. a. 2003–2007, Bd. 3, S. 256–259, hier S. 257.

44 Vgl. Ansprache Bismarcks an eine Abordnung der Universität Jena, 30.7.1892, in: BISMARCK, GW (wie Anm. 15), Bd. 13, S. 467–470, hier S. 468.

45 Michael JEISMANN, Das Vaterland der Feinde. Studien zum nationalen Feindbegriff und Selbstverständnis in Deutschland und Frankreich 1792–1918, Stuttgart 1992, S. 76.

46 Ernest RENAN, La Réforme intellectuelle et morale 1871, in: DERS., Œuvres complètes, Bd. 1, Paris 1947, S. 323–542, hier S. 327; vgl. dazu grundlegend Claude DIGEON, La crise allemande de la pensée française (1870–1914), Paris 1959.

6. Der Reichskanzler 1871 bis 1877: Sicherheitspolitik gegen französische *Raublust*

Obschon Bismarck der französischen Kulturturnation noch immer eine gewisse Sympathie nicht verwehren mochte, ließ auch er sich vom Virus des Erbfeindschaftssyndroms infizieren⁴⁷. *Die germanische Rasse [...] ist sozusagen das männliche Prinzip, das durch Europa geht – befruchtend*, schwadronierte er Anfang 1871. *Die keltischen und slawischen Völker sind weiblichen Geschlechts. [...] Die Revolution von 1789 war die Niederwerfung des germanischen Elements durch das keltische, und was sehen wir seitdem?*⁴⁸ Da das französische Volk seines Erachtens die Revanche als *höchsten Lebenszweck* betrachtete und *sittlich* verwilderte⁴⁹, zielte der deutsche Reichskanzler außenpolitisch darauf ab, im Kreis der europäischen Pentarchie stets *selbdritt*⁵⁰ auf der Seite der Mehrheit zu stehen und Frankreich von jeder Bündnisfähigkeit auszuschließen. Nicht nur politisch, auch kulturell vertiefte er den Graben nach Westen. Bismarck ordnete an, den Gebrauch der französischen Sprache im Reichstag zu unterlassen; verfügte, dass die Berichte seiner Diplomaten auf Deutsch geschrieben würden; und strafte all jene Landsleute mit Verachtung, die ihre Talente *dem Feinde* zur Verfügung stellten⁵¹.

47 Zu Bismarcks Verhältnis zu Frankreich von 1871 bis 1877 vgl. Marion ABALLÉA, *Un exercice de diplomatie chez l'ennemi. L'ambassade de France à Berlin, 1871–1933*, Villeneuve d'Ascq 2017; Helga ABRET, Michel GRUNWALD (Hg.), *Visions allemandes de la France (1871–1914). Frankreich aus deutscher Sicht (1871–1914)*, Berlin u. a. 1995 (Contacts, 15); BÖHMER, *Frankreich (wie Anm. 9)*; E. Malcolm CARROLL, *French Public Opinion and Foreign Affairs, 1870–1914*, London 1931, Neudruck, Hamden, CT 1964; Henry CONTAMINE, *La revanche, 1871–1914*, Paris 1957; Ernest DAUDER, *Souvenirs de la Présidence du Maréchal de Mac-Mahon*, Paris 1880; Helga DEININGER, *Frankreich-Rußland-Deutschland 1871–1891. Die Interdependenz von Außenpolitik, Wirtschaftsinteressen und Kulturbeziehungen im Vorfeld des russisch-französischen Bündnisses*, München, Wien 1983 (Studien zur modernen Geschichte, 28); DIGEON, *La crise allemande (wie Anm. 46)*; JEISMANN, *Vaterland (wie Anm. 45)*; Franz KNIPPING, Ernst WEISENFELD (Hg.), *Eine ungewöhnliche Geschichte. Deutschland-Frankreich seit 1870*, Bonn 1988; Georg KREIS, *Frankreichs republikanische Großmachtspolitik 1870–1914. Innenansichten einer Außenpolitik*, Mainz 2007 (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte, 218); Raymond POIDEVIN, *Frankreichs Isolation und die deutsche Hegemonie 1871–1890*, in: DERS., Jacques BARIÉTY, *Frankreich und Deutschland. Die Geschichte ihrer Beziehungen 1815–1975*, München 1982, S. 117–189; Christoph STEINBACH, *Die französische Diplomatie und das Deutsche Reich 1873 bis 1881. Untersuchungen zum Zusammenhang zwischen der französischen Beurteilung der deutschen Politik und der Außenpolitik Frankreichs*, Bonn 1976 (Pariser Historische Studien, 14).

48 Tagebuchaufzeichnung Moritz Busch, 31.1.1871, in: Moritz BUSCH, *Tagebuchblätter*, 3 Bde., Leipzig 1899, Bd. 2, S. 118.

49 Bismarck an Arnim, 21.12.1871, in: Otto von BISMARCK, *Gesammelte Werke. Abt. III 1871–1898 Schriften*, hg. von Holger AFFLERBACH u. a., Bd. 1–8, Paderborn u. a. 2001–2018 (Neue Friedrichruher Ausgabe [NFA]), Bd. 1, S. 254 f., hier S. 255.

50 *Try to be one of three so long as the world is governed by the unstable equilibrium of five Great Powers*. Bismarck gegenüber dem russischen Botschafter Saburov am 20.1.1880, zitiert nach: James Young SIMPSON, *The Saburov Memoirs or Bismarck and Russia. Being Fresh Light on the League of the Three Emperors 1881*, Cambridge 1929, S. 111.

51 Bismarck an Arnim, 2.2.1873, in: BISMARCK, NFA, Abt. III (wie Anm. 49), Bd. 1, S. 456–458, hier S. 458.

Obwohl ihm als Reichskanzler die Leitung aller in der kaiserlichen Regierungsgewalt liegenden Angelegenheiten, also auch der Außenpolitik, oblag, war sein Kurs gegenüber Paris in Berlin keinesfalls unumstritten. So machte Kaiser Wilhelm I. keinen Hehl daraus, dass ihm seines Kanzlers Präferenz für die republikanische Staatsform in Frankreich nicht gefiel. Die Bismarck mit inniger Abneigung gegenüberstehende Kaiserin Augusta pflegte demonstrativ enge Kontakte zum orléanistisch gesinnten französischen Botschafter Élie Vicomte de Gontaut-Biron und sah auch keinen Grund, ihre französischen Bediensteten zu entlassen. Widerspruch hatte Bismarck nicht nur am Hof, sondern auch im Reichstag zu gewärtigen. Wenngleich die Außenpolitik das Privileg der Exekutive war, besaß der aus allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlen hervorgehende Reichstag durchaus Möglichkeiten zur Einflussnahme. Zwar gab es keine Bindung des Reichskanzlers an das Vertrauen des Parlaments, dennoch sah die Regierung sich dazu genötigt, die Meinung der Parteien – wie auch der Öffentlichkeit oder wirtschaftlicher Interessenverbände – in ihre frankreichpolitischen Überlegungen einzubeziehen⁵².

Kaum anders sah es in dem von Bismarck geleiteten Auswärtigen Amt aus, das in operativer Hinsicht für die Außenpolitik zuständig war. Die vom Minister ausbedungene *Einheit und Disciplin im auswärtigen Dienste*⁵³ stieß bei manchem seiner Botschafter, Gesandten und Vortragenden Räte auf wenig Verständnis, bisweilen sogar auf Widerstand. Mitunter bezahlten sie ihre Unbotmäßigkeit mit Amtsenthebung und Gerichtsprozessen, wie etwa der erste deutsche Botschafter in Paris, Harry Graf Arnim, am eigenen Leib erlebte⁵⁴. Einige Frondeure blieben verschont, weil sie im Geheimen operierten.

Nachdem die Jubelfeiern der Reichsgründung verrauscht waren, wurde rasch klar, wie schwer das Deutsche Kaiserreich an den Hypotheken trug, die ihm als Morgengabe in die Wiege gelegt worden waren: ein schleichender Wandel der Staatenwelt, in der das Militärische über dem Politischen zu rangieren begann; das sich zunehmend schmerzhafter auswirkende Fehlen einer zivilisatorischen Idee, die die Deutschen langfristig zu fesseln vermochte; und die Annexion Elsass-Lothringens, die dazu zwang, Frankreich als Negativfaktor im europäischen Mächtespiel einzuplanen.

Außenpolitisch isoliert, militärisch geschwächt und innerlich zwischen Monarchisten und Republikanern zerrissen, stellte die Dritte Republik für das Deutsche Kaiserreich zunächst keine Gefahr dar. Da der Krieg im europäischen Mächtesystem aber weiterhin als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln galt, verfolgte Bismarck mit Argwohn, wie Außenminister Louis Decazes mit Erfolg die Rückkehr Frankreichs in den Kreis der Großmächte anbahnte. Indem der Reichskanzler Deutschland als *Stoßpolster Europas gegen die Invasionen einer kriegerischen Völkerschaft* begriff, war an ein gutnachbarschaftliches Nebeneinander nicht zu denken – im Gegenteil: Frankreichs Streben nach Handlungsfreiheit missdeutete Bismarck als Indiz für ein auf klerikaler Basis beruhendes *Renversement des alliances* und ging

52 Vgl. DEININGER, Frankreich-Rußland-Deutschland (wie Anm. 47).

53 Bismarck an Arnim, 19.6.1873, in: Bismarck, NFA, Abt. III (wie Anm. 49), Bd. 1, S. 551–553, hier S. 553.

54 Gerhard KRATZSCH, Harry von Arnim. Bismarck-Rivale und Frondeur. Die Arnim-Prozesse 1874–1876, Göttingen, Frankfurt am Main, Zürich [1974].

zur Abwehr einer vermeintlichen *Raublust* über⁵⁵. *Wenn die Franzosen so fortrüsten, daß sie in fünf Jahren [...] entschlossen sind, dann loszuschlagen, dann fangen wir den Krieg in drei Jahren an*, giftete er 1874⁵⁶.

Ob der Reichskanzler im Zuge der »Krieg-in-Sicht-Krise« des Jahres 1875 einen neuen Waffengang plante, wird in der Geschichtswissenschaft noch immer kontrovers diskutiert. Während die einen die These vertreten, die Erfahrung von 1870/71 hätte Bismarck in gewisser Hinsicht pazifistisch geläutert, halten die anderen dagegen, dass die von ihm zumindest akzeptierte, wenn nicht initiierte Drohung mit dem Präventivschlag nur dann Glaubwürdigkeit besaß, wenn ihr die Bereitschaft zum Krieg zugrunde lag⁵⁷. Wie dem auch sei: Bismarcks riskante Politik endete im Fiasko. Aufgerüttelt durch Hilferufe der französischen Regierung mahnten Zar Alexander II. und Queen Victoria bei Kaiser Wilhelm I. die Erhaltung des Friedens an. In einer eklatanten Fehleinschätzung seiner Handlungsspielräume hatte der Reichskanzler eine Mächtekonstellation heraufbeschworen, die für einen Augenblick die Kriegskoalition von 1914 aufblitzen ließ. Bismarck sah sich fortan genötigt, eine konsequent defensiv angelegte und im Kern prorussische Außenpolitik zu betreiben.

7. Der ehrliche Makler 1877 bis 1885: das Streben nach der *alliance franco-allemande*

Erst mit der Festigung der parlamentarischen Regierungsform in Frankreich nach der Beilegung der Krise des »seize mai«, dem gescheiterten Versuch des Präsidenten, Marschall Patrice de MacMahon, 1877 ein präsidiales System zu installieren oder gar die Monarchie zu restaurieren, kehrte im deutsch-französischen Verhältnis eine gewisse Beruhigung ein⁵⁸. Doch über die Bekundung des Willens zum Aufbau eines Verhältnisses des gegenseitigen Vertrauens ging die Annäherung nicht hinaus. In der Sphäre der Ökonomie geriet sogar abermals Sand ins Getriebe der bilateralen Beziehungen. Nach Jahren spektakulärer Zuwachsraten erlitt der bilaterale Handel durch die Schutzzollpolitik beider Regierungen einen starken Rückgang. Während der gesamten Ära Bismarck gab es nicht eine deutsche Bank in Frankreich und auch keine französische in Deutschland. Nur ein französisches Unternehmen spielte im Reich eine bedeutende Rolle, die Manufactures de glaces et produits chimiques de

55 Bismarck an Reuß, 28.2.1874, in: *ibid.*, Bd. 2, S. 120f., hier S. 120.

56 Unterredung Bismarcks mit Hohenlohe vom 17.2.1874, in: Chlodwig zu HOHENLOHE-SCHILLINGSFÜRST, *Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst*, Bd. 2, hg. von Friedrich CURTIUS, Stuttgart, Leipzig 1907, S. 106f., hier S. 107.

57 Vgl. Johannes JANORSCHKE, *Bismarck, Europa und die »Krieg-in-Sicht«-Krise von 1875*, Paderborn u. a. 2010 (Wissenschaftliche Reihe der Otto-von-Bismarck-Stiftung, 11); Ulrich LAPPENKÜPER, *Die Mission Radowitz. Untersuchungen zur Rußlandpolitik Otto von Bismarcks (1871–1875)*, Göttingen 1990 (Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, 40); James STONE, *The War Scare of 1875. Bismarck and Europe in the Mid-1870s*, Stuttgart 2010.

58 Zu Bismarcks Verhältnis zu Frankreich von 1877 bis 1885 vgl. ABRET, GRUNWALD (Hg.), *Visions* (wie Anm. 47); KNIPPING, WEISENFELD (Hg.), *Ungewöhnliche Geschichte* (wie Anm. 47); MITCHELL, *Bismarck and the French Nation* (wie Anm. 4); POIDEVIN, *Frankreichs Isolation* (wie Anm. 47); STEINBACH, *Diplomatie* (wie Anm. 47).

Saint-Gobain⁵⁹. Die Einladung zur Mitwirkung deutscher Unternehmen an der Pariser Weltausstellung des Jahres 1878 lehnte Bismarck mit dem bemerkenswerten Argument ab, ökonomische Vorteile könnten auf Kosten der *nationalen Würde zu theuer erkauf*t werden⁶⁰. Ein von französischen Wirtschaftskreisen unterstützter Plan zur Errichtung einer mitteleuropäischen Zollunion blieb in der Schwebe. Und in der internationalen Währungspolitik verweigerte sich Deutschland einem Anschluss an die von Frankreich mitbegründete Lateinische Münzunion. *Auswärtige Politik und wirtschaftliche Angelegenheit* durften, wie Bismarck später formulierte, eben nicht miteinander verquickt werden⁶¹. Noch war nicht absehbar, dass mit der Hinwendung zur wirtschaftspolitischen Abschottung eine tiefe Veränderung der Nationalismen von einer liberalen zu einer konservativen Ausprägung Einzug halten sollte.

Um das zarte Pflänzchen der *Détente* dennoch nicht absterben zu lassen, suchte der Reichskanzler nach anderen Nährquellen und fand sie auf dem Feld der Kolonialpolitik. Sein Kalkül lag auf der Hand. Prosperität im Innern und koloniale Expansion dienten ihm in der nun aufbrechenden Ära des Imperialismus dazu, die französische *Unsicherheit über Krieg und Frieden*⁶² zu beseitigen. 1881 sprach er dem *großen Kulturvolk* der Franzosen⁶³ das Recht zu, die romanischen Völker zu führen. Zwei Jahre später startete er den aufsehenerregenden Versuch, eine deutsch-französische »Kolonialehe«⁶⁴ anzubahnen, die Frankreich *in überseeischen Erfolgen eine Entschädigung für die Rheingrenze* bieten sollte⁶⁵.

Obschon bei den Entscheidungsträgern in Berlin und Paris ein hohes Maß an Misstrauen über die Tragfähigkeit dieser Entente bestehen blieb, kann von einer »reine[n] Funktionalität« der Zusammenarbeit keine Rede sein⁶⁶. Frankreich möge doch endlich die Vergangenheit ruhen lassen und sich mit Deutschland der Zukunft zuwenden, beschwor der Reichskanzler den französischen Botschafter Alphonse

59 Vgl. grundlegend Horst MÖLLER, *Saint-Gobain in Deutschland. Von 1853 bis zur Gegenwart. Geschichte eines europäischen Unternehmens*, München 2001.

60 Bismarck an das preußische Staatsministerium, 6.11.1876, in: BISMARCK, NFA, Abt. III (wie Anm. 49), Bd. 2, S. 641–643, hier S. 642.

61 Äußerung Bismarcks gegenüber dem Chefredakteur der *Hamburger Nachrichten*, Hermann Hofmann [nach 1890], in: Hermann HOFMANN, *Fürst Bismarck 1890–1898. Nach persönlichen Mitteilungen des Fürsten und eigenen Aufzeichnungen des Verfassers, nebst einer authentischen Ausgabe aller vom Fürsten Bismarck herrührenden Artikel in den »Hamburger Nachrichten«*, 3 Bde., Stuttgart, Berlin, Leipzig 1913/14, Bd. 1, S. 124 f.

62 Rottenburg an Hatzfeldt, 28.10.1883, in: BISMARCK, NFA, Abt. III (wie Anm. 49), Bd. 5, S. 576 f., hier S. 577.

63 Unterredung zwischen Bismarck und Moritz Busch vom 4.5.1881, in: BUSCH, *Tagebuchblätter* (wie Anm. 48), Bd. 3, S. 31–38, hier S. 37.

64 Klaus HILDEBRAND, *Deutsche Außenpolitik 1871–1918*, 3., überarb. und um einen Nachtrag erw. Aufl., München 2008, S. 13.

65 Bismarck an Keudell, 26.6.1884, in: BISMARCK, NFA, Abt. III (wie Anm. 49), Bd. 6, S. 237 f., hier S. 238.

66 Winfried BAUMGART, *Warum erwarb Bismarck 1883/85 Kolonien für Deutschland? Die Lösung eines Rätsels*, in: *Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte*, N.F. 19/2 (2009), S. 171–215, hier S. 209; vgl. dagegen Ulrich LAPPENKÜPER, »Ausgleich mit Frankreich«? Bismarck und die deutsche Kolonialpolitik, in: *Historische Mitteilungen der Ranke-Gesellschaft* 24 (2011), S. 177–205.

Chodron de Courcel: *Votre Gouvernement a peur de se compromettre avec moi; il n'ose pas se montrer en public donnant le bras à l'Allemagne*⁶⁷.

Indem Bismarck den Anschein erweckte, sein außenpolitisches »System der Aushilfen«⁶⁸ durch eine antibritische Kontinentalallianz zu ersetzen, entfachte er am Hofe der Hohenzollern heftigen Widerspruch. Zwar wünschten Kaiser Wilhelm I. wie auch Kronprinz Friedrich Wilhelm eine *friedliche Verständigung* mit Frankreich; sie kritisierten aber *die gleichzeitig gegen England gemünzte Spitze*⁶⁹. Angesichts der massiven Vorbehalte seines allerhöchsten Herrn kam Bismarck nicht umhin, seine selbst den Preis einer *Kompensation in Lothringen* einbeziehenden Überlegungen⁷⁰ herunterzuspielen. *Meine Hoffnung*, legte er Wilhelm I. im Oktober 1884 dar, *beschränkt sich darauf, daß es gelingen werde, [...] die bitteren Erinnerungen an Ew. M. Siege, wenn nicht in Vergessenheit, so doch zum Verblässen zu bringen*⁷¹.

Abgesehen von der mangelnden Unterstützung durch den Kaiser besaß Bismarcks wagemutiger »Eheplan« einen Grundmakel, der ihn für die französischen Nationalisten von vornherein unannehmbar machte: die Ausklammerung des Kernproblems Elsass-Lothringen. Dass der Reichskanzler allen Ernstes meinte, die Dritte Republik könne dem Deutschen Reich Sedan vergeben wie die restaurierte Bourbonen-Monarchie Waterloo vergeben hatte, empfand selbst der verständigungs-bereite Courcel als *illusion à notre égard. Pacifier le présent, réserver l'avenir, tel est le programme que j'ai toujours eu devant les yeux depuis qu'il a été question, entre la France et l'Allemagne, de substituer le calcul des intérêts réciproques à la vanité et au danger de provocations bruyantes*⁷².

Während für den Reichskanzler die Anerkennung des territorialen Status quo durch Frankreich *die Grundbedingung für die Herstellung eines freundlichen Einvernehmens zwischen beiden Nationen* bildete, kam ein Verzicht aus französischer Sicht einer Aufgabe des Ranges als Großmacht gleich. Schon 1875 hatte Bismarck Adolphe Thiers auf dessen Anregung eines Verkaufs von Elsass und Lothringen ausrichten lassen, der Besitz des Reichslandes sei für Deutschland keine *Frage des amour propre*, sondern eine *gebieterische Pflicht* und die *einzig sichere Schutzwehr [...] gegenüber einer Nachbarnation von so unruhigem Charakter*⁷³.

67 Courcel an Ferry, 29.11.1884, im Auszug in: Ministère des Affaires étrangères. Commission de publication des documents relatifs aux origines de la guerre de 1914 (Hg.), Documents Diplomatiques Français (1871–1914) [DDF], 1^{re} série, Bde. 1–14, Paris 1929–1957, Bd. I/5, S. 494–497, hier S. 496.

68 Lothar GALL, Bismarck. Der weiße Revolutionär, Frankfurt am Main, Berlin, Wien 1980, S. 619.

69 Kronprinz Friedrich Wilhelm an Kaiserin Augusta, 16.10.1884, in: Winfried BAUMGART (Hg.), Bismarck und der deutsche Kolonialerwerb 1883–1885. Eine Quellensammlung, Berlin 2011, S. 358 f.

70 Weisung Wilhelm von Bismarcks, 23.8.1884, in: BISMARCK, NFA, Abt. III (wie Anm. 49), Bd. 6, S. 303 f.

71 Bismarck an Wilhelm I., 9.10.1884, in: *ibid.*, S. 330–332, hier S. 331.

72 Courcel an Ferry, 3.12.1884, in: DDF (1871–1914), 1^{re} série, Bd. 5 (wie Anm. 67), S. 499–503, hier S. 502 f.

73 Bülow an Hohenlohe, 28.12.1875, in: BISMARCK, NFA, Abt. III (wie Anm. 49), Bd. 2, S. 451 f., hier S. 452.

Der von französischen Nationalisten geschürte Verdacht, die deutsche Regierung wolle Frankreich mit Kolonialpolitik vom Verlust der Provinzen ablenken, reichte aus, um das konziliante Kabinett Jules Ferry im März 1885 zu Fall zu bringen. Bismarcks Ententepolitik war damit noch nicht gescheitert, sie geriet aber angesichts der bevorstehenden Wahlen in Frankreich in ein schweres Dilemma: Einerseits war die bilaterale Kooperation für ihn nur denkbar mit einem republikanischen Partner, andererseits bot der in der Republik institutionalisierte Regierungswechsel eine stete Gefahr, weil er keine außenpolitische Kontinuität verbürgte. Tiefe Einsichten in die Gedankenwelt des Reichskanzlers erlaubt ein Brief seines Sohnes über die Schwierigkeiten, *den Frieden zusammenzuflicken*:

Das ist Alles der Fluch des parlamentarischen Regimes und der Presse, welche beide den Radicalismus u. das Massenregiment groß ziehe: Diese letzteren Regierungen sind viel chauvinistischer, als es die monarchischen der früheren Zeit je zu sein brauchten, hauptsächlich durch die Schürungen der schlechten Publicistik. Das wird sich an den Völkern noch einmal schwer strafen, daß das sogenannte gebildete Proletariat durch sein Sturmlaufen gegen Regierung u. Autorität überall die schlechtesten Instincte der niederen Klassen entfesseln⁷⁴.

8. *Chef d'orchestre du concert européen, arbitre de la paix du monde* 1886 bis 1890: im Banne der »Erbfeindschaft«

Nach dem Urnengang vom Herbst 1885 brach sich in Frankreich ein entfesselter Nationalismus Bahn, der das mühsam errungene Vertrauen im deutsch-französischen Verhältnis alsbald zerstörte⁷⁵. Das revanchistische Gebaren des neuen Kriegsministers Georges Boulanger und der Patriotenliga Paul Déroulèdes löste schwere Spannungen aus. Vermengt mit einem russisch-österreichischen Streit auf dem Balkan, drohte die west-ost-europäische Doppelkrise in einen Zweifrontenkrieg umzuschlagen. Auf dem Höhepunkt des Boulanger-Konflikts beteuerte Bismarck in seiner berühmten Reichstagsrede vom 11. Januar 1887, dass Deutschland Frankreich *unter keinen Umständen* angreifen werde, aber stets für eine Attacke gewappnet sein müsse, weil das *feu sacré de la revanche* nicht erlöschen wolle⁷⁶. Eine Machtübernahme Boulangers aber, daran ließ er keinen Zweifel, bedeute Krieg. *Le métier de chef d'orchestre du concert européen, d'arbitre de la paix du monde, n'est pas tout rose*⁷⁷, kommentierte Frankreichs neuer Botschafter Jules Herbette.

74 OBS, B 114, Herbert von Bismarck an Ferdinand von Stumm, 30.12.1886.

75 Zu Bismarcks Verhältnis zu Frankreich von 1886 bis 1890 vgl. ABRET, GRUNWALD (Hg.), *Visions* (wie Anm. 47); MITCHELL, *Bismarck and the French Nation* (wie Anm. 4); POIDEVIN, *Frankreichs Isolation* (wie Anm. 47); Jörg WILDENBERG, *Bismarck, Georges Boulanger und der Septennatskampf von 1887. Ursachen und Folgen einer deutsch-französischen Krise*, Hamburg 2016.

76 Reichstagsrede Bismarcks, 11.1.1887, in: BISMARCK, GW (wie Anm. 15), Bd. 13, S. 207–233, hier S. 214f.

77 Herbette an Flourens, 19.4.1887, in: DDF (1871–1914), 1^{re} série, Bd. 6 (wie Anm. 67), S. 504–506, hier S. 505.

Wenngleich der Janus-Tempel geschlossen blieb, glaubten maßgebliche Akteure in Berlin, ihr Heil seither in einem Präventivkrieg gegen Frankreich oder Russland zu finden. Auch Bismarck hielt bisweilen einen *sofortige[n] Angriff auf Frankreich indicirt*⁷⁸. Letztlich aber sperrte er sich aus Furcht vor den *untaxierbaren Folgen* eines möglichen *Weltkrieg[s]* gegen alle Präventivkriegsambitionen⁷⁹. *Frankreichs Fortbestehen als Großmacht ist für uns ebenso Bedürfnis wie das jeder andern der 6 Gr[öß] Mächte*, notierte er 1887 am Rande eines diplomatischen Berichts. *Wir brauchen ein maritimes Gegengewicht Englands*⁸⁰.

Noch wichtiger als die maritime Balance zum Vereinigten Königreich wurde für das Deutsche Reich ein kontinentales Gegengewicht zu Russland. Nachdem die britische Regierung eine deutsche Bündnisofferte Anfang 1889 unbeantwortet gelassen hatte, suchte Bismarck abermals *un terrain de rapprochement avec la France*⁸¹. Doch schon nach wenigen Wochen waren alle Hoffnungen auf eine klimatische Verbesserung wieder verloren. An der Seine setzte sich nämlich der Eindruck fest, dass der Reichskanzler zwar Frieden mit dem Nachbarn jenseits des Rheins wolle, zugleich aber wünsche, *que le peuple allemand demeure sur le qui-vive [...] et que son esprit de sacrifice et son instinct guerrier ne s'amollissent pas dans un commerce trop familier avec l'adversaire d'hier*⁸². Obwohl weitblickende französische Diplomaten wie Courcel ihm nahegelegt hatten, dass die chauvinistischen Leidenschaften der Völker überwunden werden könnten, je häufiger die Regierungen anstehende Probleme gemeinsam lösten, verweigerte sich Bismarck allen multilateralen Formen der Wirtschafts- und Währungszusammenarbeit. Wie sehr sich diesbezüglich seine Einstellung seit der Reichsgründung geändert hatte, verdeutlicht in besonders markanter Weise seine Haltung zu den Weltausstellungen in Paris: Während er 1855 und 1867 geradezu begierig gewesen war⁸³, persönlich an die Seine zu fahren, setzte er sich 1889 wie schon 1878 energisch dafür ein, der deutschen Industrie die Teilnahme zu verweigern⁸⁴.

78 Bismarck an Reuß, 15.12.1887, in: BISMARCK, NFA, Abt. III (wie Anm. 49), Bd. 7, S. 640–642, hier S. 642.

79 OBS, D 17, Herbert an Wilhelm von Bismarck, 9.12.1887 (Auszug), in: [Herbert von BISMARCK], Staatssekretär Graf Herbert von Bismarck. Aus seiner politischen Privatkorrespondenz, hg. von Walter BUSSMANN, Göttingen 1964, S. 488f., hier S. 489.

80 Randbemerkung Bismarcks zu Schweinitz an Bismarck, 21.2.1887, in: Johannes LEPSIUS, Albrecht MENDELSSOHN BARTHOLDY, Friedrich THIMME (Hg.), Die Große Politik der Europäischen Kabinette [GP], Bd. 5, Berlin 1922, S. 219, Anm. 1.

81 Herbette an Spuller, 17.5.1889, in: DDF (1871–1914), 1^{re} série, Bd. 7 (wie Anm. 67), S. 403.

82 Barrère an Spuller, 3.9.1889 (Auszug), in: *ibid.*, S. 489f., hier S. 489.

83 Bismarck an seine Gattin Johanna von Bismarck, 27.8.1855, in: BISMARCK, GW (wie Anm. 15), Bd. 14/I, S. 413f.; Bismarck an das Auswärtige Amt, 12.6.1867, in: *ibid.*, Bd. 6, S. 411.

84 Bismarck an das Staatsministerium, 6.11.1876, in: BISMARCK, NFA (wie Anm. 49), Abt. III, Bd. 2, S. 641–643; Unterredung zwischen Herbert von Bismarck und Herbette vom 24.4.1888, in: GP (wie Anm. 80), Bd. 6, S. 210–214.

9. Der »Alte im Sachsenwald« 1890 bis 1898: Frondeur im Ruhestand

Nach dem unfreiwilligen Rücktritt 1890 seiner politischen Machtmittel beraubt, versuchte der Reichskanzler außer Dienst, die Geschicke Deutschlands durch eine aktive Pressepolitik zu beeinflussen⁸⁵. Zum wichtigsten Adressaten seiner »Nebenaußenpolitik« erkor er ausgerechnet Frankreich. Allein, der volltönend als neue *Hauptaufgabe* stilisierten Absicht, die *Friedenspropaganda [zu] befördern*⁸⁶, folgten keine Taten – wie sollten sie auch. Als im Dezember 1890 eine Abordnung aus Straßburg in Friedrichsruh ihre Aufwartung machte, offenbarte der Fürst seinen bereits 1871 gehegten Wunsch, auf der Höhe der Vogesen *eine chinesische Mauer* zu errichten, die Elsässer und Lothringer aber *äußerst glimpflich* zu behandeln, so dass die französische Generation allmählich ausgestorben wäre. Mit unüberhörbarem Bedauern gestand er ein, dass beides so nicht gekommen sei. Eigentlich hätte *Deutschland, mit Frankreich vereint, eine ganz unwiderstehliche Macht bilden können*. Doch durch die Grenzveränderung sei das *äußerst lebenswürdige Volk* der Franzosen seines Erachtens zu einem *unliebsame[n] Nachbarn geworden*⁸⁷. Und weil er sich von dieser Meinung durch nichts und niemanden abbringen ließ, erklärte Bismarck sämtliche Annäherungsversuche seines Nachfolgers Leo von Caprivi an Frankreich zum Scheitern verurteilt. Mit Kopfschütteln reagierte er, als Kaiser Wilhelm II. 1891 der französischen Akademie sein Beileid zum Tod des Malers Ernest Meissonier aussprach, um so eine von ihm geförderte Ausstellung mit französischen Künstlern in Berlin zu retten. *Die Liebe der Franzosen zu gewinnen und die Grenzmauer der Vogesen wieder gangbar zu machen*, fand er geradezu naiv⁸⁸. Von einer *Versöhnung Frankreichs* konnte seines Erachtens *nicht die Rede* sein. Die Republik warte nur auf den geeigneten Zeitpunkt günstiger Bündnisse und militärischer Überlegenheit, um Deutschland *mit Sicherheit des Erfolges an die Gurgel [zu] springen*⁸⁹.

Dass er daran selbst zumindest eine Teilschuld trug, war Bismarck durchaus bewusst. Offen gab der »Alte im Sachsenwald« am Ende seines langen Lebens zu, in seiner Frankreichpolitik Fehler gemacht zu haben. Auch das Fundamentalproblem war ihm klar: Das Deutsche Reich hatte *plutôt trop que pas assez de territoire* von Frankreich genommen⁹⁰. Lange Jahre hatte sich Bismarck der Hoffnung hingegeben,

85 Zu Bismarcks Verhältnis zu Frankreich von 1890 bis 1898 vgl. Manfred HANK, Kanzler ohne Amt. Fürst Bismarck nach seiner Entlassung 1890–1898, München 1977; Wolfgang STRIBNY, Bismarck und die deutsche Politik nach seiner Entlassung (1890–1898), Paderborn 1977.

86 Unterredung Bismarcks mit dem Journalisten Kingston vom 8.6.1890, in: BISMARCK, GW (wie Anm. 15), Bd. 9, S. 38–47, hier S. 44.

87 Gespräch Bismarcks mit einer Straßburger Abordnung vom 21.12.1890, in: »Hamburger Nachrichten«, 22.12.1890, abgedruckt in: Johannes PENZLER (Hg.), Fürst Bismarck nach seiner Entlassung. Leben und Politik des Fürsten seit seinem Scheiden aus dem Amte auf Grund aller authentischen Kundgebungen, 7 Bde., Leipzig 1897/98, Bd. 1, S. 302–307, hier S. 303 f.

88 BISMARCK, NFA, Abt. IV (wie Anm. 2), S. 479.

89 Gespräch Bismarcks mit Hermann Hofmann, o. D., in: HOFMANN, Fürst Bismarck (wie Anm. 61), Bd. 1, S. 158 f., hier S. 159.

90 Herbettes an Flourens, 29.1.1887, in: DDF (1871–1914), 1^{re} série, Bd. 6 (wie Anm. 67), S. 425–430, hier S. 427.

dass die Zeit die Wunden heilen würde. Doch selbst diese Zuversicht sollte schließlich zerrinnen. Da der Konflikt um Elsass-Lothringen eben mehr als *nur eine Grenzfrage* war⁹¹, konnte kein Vertrauen entstehen, keine Versöhnung greifen.

10. Fazit

*Nie Frieden [...] mit Frankreich*⁹². Fast 70 Jahre lag Bismarcks posthum veröffentlichter Kassandraruß wie ein Menetekel über den deutsch-französischen Beziehungen. Wenn man am Ende dieser Studie die Frage aufwirft, wieso es zu seinen Lebzeiten zu den Verwerfungen der »Erbfeindschaft« kommen konnte und welchen Anteil der preußisch-deutsche Staatsmann daran hatte, wird die Antwort, systematisch betrachtet, wohl folgende Faktoren in den Blick nehmen müssen: Angesichts der Transformation des Staatensystems von der Wiener Ordnung nach 1815 hin zum System der Realpolitik seit Mitte der 1850er-Jahre war die Gefahr eines Krieges jeder gegen jeden stets gegeben. Hinzu kamen die Nationalismen und die unheilvolle Rolle von Ehre und Prestige im internationalen Kontext. Höchst negativ wirkte sich überdies die Umkehr des deutsch-französischen Machtverhältnisses im Laufe des 19. Jahrhunderts aus. Das seit dem Deutsch-Französischen Krieg nicht gelöste Elsass-Lothringen-Problem belastete außerdem dauerhaft die bilateralen Beziehungen. Die nach 1867 mangelnde Gipfeldiplomatie trug mit dazu bei, die vorhandenen Konfliktpotenziale nicht rascher und nachhaltiger zu beheben. Schließlich wirkte die Vermittlungsfunktion der Wirtschaft, der Zivilgesellschaften und der Kultur nur beschränkt, auch aufgrund der negativen Einflussnahme Bismarcks vor dem Hintergrund einer ökonomischen wie soziokulturellen Selbstüberhöhung beider Nationen. Mancher Beobachter, der wie Ernest Renan auf eine *alliance intellectuelle, morale et politique* hoffte, glaubte sich nach 1871 von einer *chimère* befreien zu müssen. *Un abîme est creusé entre la France et l'Allemagne, des siècles ne le combleront pas*⁹³.

Für Otto von Bismarck war eine solche Allianz keine Schimäre. Hatte schon den Junker trotz aller Ressentiments gegenüber dem Kaiserreich Napoleon Bonapartes ein hohes Maß an Neugier gegenüber Frankreich ausgezeichnet, hielt der Diplomat die von Preußens Hochkonservativen ausgegebene Parole von der fundamentalen Gegnerschaft zu Frankreich schlichtweg für indiskutabel. Als preußischer Ministerpräsident strebte er aus deutschlandpolitischen Erwägungen eine Entente mit dem Nachbarn an, lehnte aber ein engeres Bündnis im Einvernehmen mit König Wilhelm I. ab, weil er den von Napoleon III. geforderten Preis etwaiger Gebietsabtretungen nicht zu zahlen bereit war. Preußens machtpolitischer Aufstieg und Frankreichs außenpolitische Misserfolge führten die beiden Nachbarn seit Mitte der 1860er-Jahre auf einen scharfen Konfrontationskurs. Das Aufeinanderprallen zweier Nationalismen sollte Bismarcks Handlungsspielräume erheblich einengen.

91 Unterredung Bismarcks mit dem Journalisten Henri des Houx vom 24./25. April 1890, in: BISMARCK, GW (wie Anm. 15), Bd. 9, S. 11–17, hier S. 15.

92 Id., NFA, Abt. IV (wie Anm. 2), S. 134.

93 RENAN, La Réforme intellectuelle (wie Anm. 46), S. 327.

Nachdem sein Appell an den *Dualismus von Intelligenz und Fortschritt* nicht ge-
fruchtet hatte, ließ er die von der französischen Regierung 1870 zugespitzte Frage
der spanischen Thronkandidatur bewusst eskalieren, da der Waffengang seines Er-
achtens *mit Ehren* nicht mehr vermieden werden konnte und ihm außerdem als Kitt
für die kleindeutsche Einigung diene. Im Anschluss an die in den europäischen
Hauptstädten mit Argwohn beobachtete Reichsgründung betrieb Bismarck der jun-
gen Dritten Republik gegenüber zunächst eine Sicherheitspolitik, die eine monarchi-
sche Restauration vereiteln sollte. Um deren Bündnisfähigkeit zu untergraben, schuf
er seit Ende der 1870er-Jahre ein neuartiges Allianzsystem, das Frankreich als einzi-
ge Großmacht ausklammerte. Nach der innenpolitischen Festigung der Republik
vollzog Bismarck Anfang der 1880er-Jahre einen Kurswechsel und bahnte eine bila-
terale »Kolonialehe« an, die Frankreich in überseeischen Erfolgen eine Entschädi-
gung für die Rheingrenze bieten und zugleich in sein Bündnisssystem einbinden soll-
te. Wie schon bei seiner Förderung der republikanischen Staatsform zu Beginn der
1870er-Jahre stieß der Reichskanzler mit seiner profranzösischen Kolonialpolitik
am Hof der Hohenzollern auf erhebliche Bedenken. Während er sich in der Frage
der Staatsform über die Position des Kaisers hinweggesetzt hatte, meinte er die Vor-
behalte Wilhelms I. in der Kolonialfrage nicht übergehen zu können. Scheitern sollte
sein Eheplan 1885 indes nicht an den Widerständen in Berlin, sondern am Protest aus
Paris. Da Bismarck das deutsch-französische Kernproblem Elsass-Lothringen aus
seiner Frankreichpolitik ausklammerte, war die Kolonialentente für die französi-
schen Nationalisten ohne Wert. In der bald darauf ausbrechenden Boulangerkrise
widersetzte sich der Reichskanzler zwar mit Erfolg den Präventivkriegsforderungen
der hohen Generalität. Doch all sein neuerliches Bemühen um eine bilaterale An-
näherung zerschellte an den nationalistischen Leidenschaften der beiden Völker.

Gemeinsam hätten Deutschland und Frankreich seines Erachtens *eine ganz unwider-
stehliche Macht bilden* können. Die von ihm selbst mit zu verantwortende Annexion
Elsass-Lothringens sollte indes jede Verständigung behindern und Versöhnung verei-
teln. 1914 wurde Otto von Bismarcks Kassandraruft über den unmöglichen Frieden
grausame Wirklichkeit.